

Wirtschaft

Von der Quadratur des Wetters

Mit dem Emissionshandel wurde der Strompreis doppelt abhängig von Temperatur, Windstärke und Niederschlag. Je ungünstiger diese Werte ausfallen, desto teurer werden auch die CO₂-Zertifikate an der Leipziger Strombörse EEX. Und diesen Preisanstieg geben die Stromerzeuger eins zu eins an ihre Abnehmer weiter.

Markus Zwettler Leipzig

CO₂-Zertifikate sind ein begrenztes Gut. Etwa so wie UMTS-Mobilfunklizenzen. Nur: Während Letztere für unglaubliche Beträge versteigert wurden, haben sich die Staaten in Sachen Klimaschutz für die kostenlose Zuteilung der CO₂-Zertifikate an Energiewirtschaft und Industrie entschieden. In der EU macht dieses Geschenk heute einen Gegenwert von rund 130 Mrd. Euro aus.

Viel zu großzügig. Denn: Seit einem Jahr werden die Ausstoßrechte für CO₂ auch an der Strombörse EEX gehandelt. Nur: Die Liquidität dieser Geschäfte ist äußerst bescheiden, das Volumen also sehr gering. Der Preismanipulation mit relativ geringen Mitteln ist so Tür und Tor geöffnet.

Und das ist nicht unerheblich: Denn der Preis an der EEX gilt als Referenzwert für alle Lieferverträge an die Stromabnehmer – kann er höher gehalten werden, bedeutet das auch höhere Gewinne. Je teurer also die Tonne CO₂ gehandelt wird, umso höher auch der Preisaufschlag, den die Stromproduzenten ihren Abnehmern aufbrummen. Rund die Hälfte ihrer Kosten für die neu benötigten Ausstoßrechte werden in der Regel auf die Konsumenten abgewälzt, so die



Ob der Emissionshandel tatsächlich klimafreundlich wirkt, liegt an der Disziplin aller EU-Mitglieder. Die Strom- und Gasmärkte sind indessen noch alles andere als integriert. Foto: BilderBox.com

Experten der EEX. „Vielen Versorgern ist es gelungen, Gratis-Zertifikate in ihre Strompreise einfließen zu lassen“, bestätigt auch Österreichs Energieregulator Walter Boltz. Er plädiert überhaupt dafür, die CO₂-Zertifikate künftig zu versteigern und die Erlöse in Klimaschutzprojekte fließen zu lassen.

Neben den Auswirkungen des CO₂-Handels auf den Strom-

Großhandelspreis in Europa wirken sich freilich die hohen Anstiege von Öl-, Erdgas- und Kohlepreis auf die Energieerzeugung aus. Zur „Quadratur des Wetters“ schließlich kommt es, indem etwa bei kaltem Winter nicht nur mehr geheizt werden muss – um vier Euro verteuert sich das Megawatt Strom je Grad Celsius weniger –, sondern dadurch auch zusätzliche Kraftwerke angefahren werden müssen, die vorrangig auf fossile Energieträger zurückgreifen. Und das erhöht wiederum den Bedarf an CO₂-Zertifikaten, die sich an der EEX in Folge verteuern und – richtig – den Strompreis noch einmal verteuern.

Politisch sind diese Strompreiserhöhungen ja durchaus gewollt – CO₂-Zertifikate sollen schließlich einen Lenkungseffekt erzielen. Nur: Die Staaten als solche profitieren nur indirekt davon, indem sie an den größten Energieversorgern in der Regel beteiligt sind. Entsprechend haben Investmentbanker diesen durch den Emissionshandel bedingten Preisanstieg schon vor Jahren erwartet und die Aktien großer Stromversorger zum Kauf empfohlen.

Atomindustrie profitiert

Besonders prekär an den „grünen“ Klimaschutz-Ambitionen sind auch die indirekten Konsequenzen: So profitiert von der Einpreisung der CO₂-Zertifikate in die Großhandelspreise vor allem und nicht zuletzt die Atomindustrie. Nachdem ein AKW völlig CO₂-neutral produziert, muss es auch künftig keinerlei CO₂-Zertifikate zukaufen, kann

aber dennoch den Strom teurer absetzen. Umgekehrt gilt das natürlich auch für große Wasserkrafterzeuger wie den Verbund. Kritisch muss man diesbezüglich auch Strom aus Windkraft bewerten: Denn die notwendige Ausgleichsenergie bei Windflauten hat denselben Effekt wie die in einem kalten Winter oder trockenen Sommer.

In Summe verhindere, so Boltz, der Emissionshandel den europäischen Stromwettbewerb, „indem er für zu hohe Eintrittsbarrieren in Drittmarkt sorgt“. Hinzu komme, dass „die Verwaltung der CO₂-Zertifikate in manchen Ländern überaus leger gehandhabt wird“. Von einer „schier endlosen Zuteilung von CO₂-Zertifikaten an manche Kraftwerksbauer“ wird gemunkelt. Ein laxer Umgang mit den CO₂-Zertifikaten wie mit den Maastricht-Kriterien sei vorprogrammiert.

In ihrer groß angelegten Untersuchung zur europäischen Energiewirtschaft kommt die EU-Kommission jedenfalls zu dem Schluss, dass die nationalen Märkte nicht zusammenwachsen – die Integration ist bis dato nicht gelungen. Nach wie vor halten die jeweils drei größten Energieversorger eine beträchtliche Marktmacht und agieren so als Oligopol.

Vom angepeilten Ziel, dass jedes Land mindestens zehn Prozent des eigenen Stromaufkommens mit anderen Ländern austauscht, ist man noch weit entfernt. Und anstatt in den bilateralen Netzausbau zu investieren, werden von den jeweiligen Regelzonenführern lieber

Auktionen zu beschränkten Kapazitäten an den Grenzen durchgeführt. Lukrativ für den Regelzonenführer, kontraproduktiv für Europa.

Damit nicht genug: Während Finanz- und Warenbörsen allorts ihren Marktteilnehmern strikte Transparenz verordnen, herrscht an der Strombörse Nachrichtenflaute. Welche Kraftwerke gerade heruntergefahren werden oder weiter in Betrieb sind – essenzielle Daten für den Stromhandel – wissen hier nur die Kraftwerksbetreiber selbst. Ein unfairer Vorsprung: Sie können so billigen Strom einkaufen, fahren ihr Kraftwerk herunter und verkaufen ihn teurer wieder weiter. So einfach.

Abgeschottete Gasmärkte

Noch schlimmer ist es um den Gasmarkt bestellt. Zwar würden physikalisch 15 bis 25 Prozent freie Importkapazitäten in den Pipelines aus Russland, Norwegen und Algerien vorhanden sein. Blockierende Reservierungsverträge weniger Gasimporteure verhindern hier aber jedwede Marktbelebung schon im Ansatz. Bis 2017 gibt es insbesondere auf der West-Ost-Verbindung so gut wie keinen Sekundärmarkt – alle Kapazitäten sind durch Langfristverträge restlos ausgebucht.

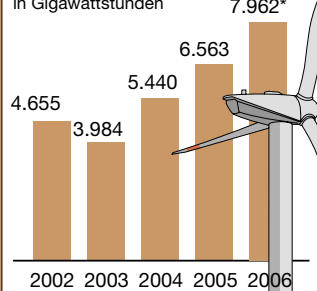
Summa summarum: Der Klimaschutzmechanismus ist noch wenig ausgereift. Am Gasmarkt herrscht kein Wettbewerb. Aber immerhin: „Steigende Preise sind beim Strom nicht mehr zu erwarten“, sagt Boltz.

www.eex.de

Neue Regeln für Ökostrom

Unterstützte Ökostrommengen

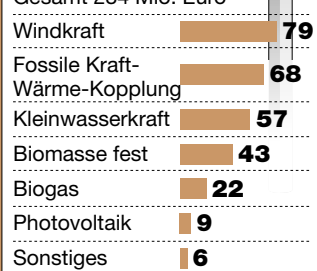
in Gigawattstunden



* Hochrechnung, Stand Sept. 2005

Fördergeld für Ökostrom 2005

Gesamt 284 Mio. Euro



Quelle: APA; E-Control Grafik: economy

Die Ökostrom-Novelle kommt. ÖVP und SPÖ haben sich geeinigt. Selbst die kürzliche Gaskrise konnte die Entscheidung nicht erschüttern. Die Förderungen für die Bioenergie werden zurückgefahren. Damit wird eine lang gehegte Forderung von Wirtschaft und Verbrauchervertretern erfüllt. Im Ökostrom-Vorzeigeland Österreich hat dies zuletzt etwa 300 Millionen Euro zusätzlich zur „normalen“ Stromrechnung gekostet. In der ÖVP hatte es Widerstand gegen Kürzungen gegeben. Viele Bauern haben auf biologische Stromerzeugung umgestellt. Proteste gegen die Novelle kommt von Umweltschutzgruppen. Die Grünen sehen tausende Jobs in Gefahr. Eine Kostenexplosion bei den Förderungen, bei der es zur bisherigen Regelung de facto zu einer Verdoppelung der Subventionskosten gekommen sei, war schließlich der Grund für die Novelle.